

Prof. Dr. Wolfgang Däubler bei der DGB-Maikundgebung:

Rezepte gegen Arbeitslosigkeit

Verständigung mit ausländischen Gewerkschaften vorgeschlagen

SCHWÄBISCH HALL (stm). Sich als einen Teil einer einheitlichen Arbeiterbewegung in der ganzen Welt zu verstehen und sich mit den Gewerkschaften anderer Länder zu verständigen, dazu forderte der Hauptredner der Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Kreis Schwäbisch Hall und Hohenlohe, Prof. Dr. Wolfgang Däubler, die zahlreichen Besucher gestern auf dem Haller Milchmarkt auf. Zur Beseitigung der derzeitigen Arbeitsmarktmisere forderte Prof. Däubler eine Beschleunigung des qualitativen Wachstums, ein Beherrschen der sozialen Rationalisierung und eine Verkürzung der Arbeitszeit. Neben Däubler sprachen bei der Kundgebung DGB-Kreisvorsitzender Siedentop, Jugendsprecherin Rieger und die Vertreter der Gewerkschaften Bau, Steine, Erden und Druck und Papier.

„Recht auf Arbeit – Zukunft sichern“, so lautete das Motto dieser DGB-Veranstaltung zum 1. Mai, und Prof. Däubler bestätigte eingangs, daß der DGB den Vorrang der Vollbeschäftigung als absolut unterstreiche. Doch die gesellschaftliche Wirklichkeit sehe anders aus, Arbeitslose müßten ihren Zustand als persönliche Disqualifizierung und Versagen hinnehmen. Das komme schon einer Menschenrechtsverletzung gleich. Der Widerspruch zwischen DGB-Forderung und Wirklichkeit sei nicht rein zufällig, konstatierte der Professor für Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen weiter. Man müsse aussprechen, daß es sich um eine Krise unseres marktwirtschaftlichen Systems, eine Krise des Kapitalismus überhaupt, handele. Nur auf der Basis einer demokratisch geplanten Wirtschaftsordnung sei eine Beseitigung dieses Zustands möglich, akzeptiere man die soziale Marktwirtschaft dennoch, gelte es, einige Forderungen zu beherzigen, die der DGB bereits formuliert habe.

Qualitatives Wachstum

Zur Pionierarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes gehöre das Eintreten für eine Beschleunigung des qualitativen, nicht des quantitativen Wachstums. Dieses Wachstum bringe nicht nur Vollbeschäftigung, sondern auch eine Verbes-

serung der Lebensqualität. Es gehe nicht darum, Staatsbedienstete „als Faulenzer“ einzustellen, sondern im Gegenteil, um mehr Berufsschullehrer, um mehr Beschäftigte im sozialen Dienst, um weitere Bedienstete zugunsten des Gesundheitswesens, des sozialen Wohnungsbaus, zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs oder zugunsten des Umweltschutzes.

Es handele sich dabei um Bereiche, in denen es auf den Menschen ankomme, wo also eine Rationalisierung nicht möglich sei. Andererseits verlangten die Gewerkschaften keinen Stopp der Rationalisierung, kein Abwenden vom technischen Fortschritt. Die Gefahren jedoch, die von diesen Strömungen ausgingen, müßten so klein wie möglich gehalten werden. Bei der Abhängigkeit vom Export, wie sie hierzulande gegeben sei, dürfe man den Ast, auf dem wir saßen, nicht absägen. Doch müßten technischer Fortschritt und Rationalisierung beherrscht werden, indem man sie zeitlich strecke und die Rationalisierungsgewinne zu vermindern suche. „Man muß in erster Linie an den Menschen, und erst in zweiter Linie an den Profit denken“, forderte Prof. Däubler. Technik sei nichts Autonomes, sondern vom Willen des Menschen abhängig. Die vom DGB geforderte kollektive Absicherung sei daher ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, meinte der Mairedner.

Ein Ziel: Arbeitszeitverkürzung

Damit jedoch sei das Problem nicht allein zu lösen. Als drittes Maßnahmenbündel müsse die Arbeitszeitverkürzung hinzutreten. Es sollten für mehr Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten erreicht werden. Prof. Däubler gliederte seine Vorschläge in zwei Blöcke: In jenen, der eine Zahl der Verminderung der im Arbeitsprozeß Stehenden bringt (zehntes und elftes Schuljahr, Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze) und in jenen, der eine direkte Verminderung der Arbeitszeit mit sich bringe (sechs Wochen Mindesturlaub für alle, mehr Freizeit für Schicht- und Schwerstarbeiter, zusätzliche Erholungspausen usw.). Auch müsse eine Verbesserung des Kündigungsschutzes erreicht werden. Prof. Däubler nannte es einen „so-

zialen Skandal“, wenn noch immer eine Kündigung wegen Krankheit möglich sei, wenn nach wie vor gerade Leistungsschwächere am stärksten von einer Kündigung bedroht seien.

Streik und Aussperrung nicht vergleichbar

Streik sei für die Arbeitnehmer eine notwendige Voraussetzung, an der Verbesserung ihrer Situation mitzuwirken, demgegenüber richte sich die Aussperrung gegen den sozialen Fortschritt, meinte der Redner, auf die jüngsten Arbeitskämpfe eingehend. Die Aussperrung sei mit dem Streik nicht vergleichbar, vielmehr handele es sich bei ihr um „eine Willkürwaffe des organisierten Unternehmertums“, mit der dieses zu den übrigen



Prof. Dr. Wolfgang Däubler (links) war der Hauptredner der diesjährigen Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu der dessen Kreisvorsitzender Willi Siedentop (rechts) begrüßt hatte.

Machtmitteln ein weiteres hinzufügen. Die Väter des Grundgesetzes hätten niemals daran gedacht, die Aussperrung mitaufzunehmen, und wenn es nicht gelänge, die Aussperrung juristisch sowieso, aber auch praktisch zu verhindern, könne es zu unübersehbaren sozialen Kämpfen kommen. Warum solle man nicht bei Tarifaueinandersetzen die Lohnfortzahlung für Ausgesperrte fordern, meinte Prof. Däubler.

Der Mairedner warnte auch davor, sich auf den Bonner Gesetzgeber zu verlassen. Seit dem Rücktritt Brandts seien aus gewerkschaftlicher Sicht in Bonn keine Fortschritte mehr erzielt worden. So etwa in der Frage der Mitbestimmung. Mehr und mehr entwickle sich auch das Bundesverfassungsgericht zu einem „Supergesetzgeber“. Prof. Däubler nannte in diesem Zusammenhang die Urteile zum Abtreibungsparagrafen, zum Verbot der Mitbestimmung an den Hochschulen und die zur Ablehnung der Wehrpflichtnovelle. Das Gericht gehe dabei von konservativen Wertvorstellungen aus.

„Absonderliche Blüten“

Auch treibe das „Abstellen auf Gesinnungen absonderliche Blüten“, meinte Prof. Däubler im Hinblick auf die derzeitige Handhabung des Radikalenerlasses. Heuchelei sei das Gegenteil von Meinungsfreiheit, Kritik dagegen das wichtigste Element der Demokratie. Auch Strauß werfe niemand vor, ein Verfassungsfeind zu sein, wenn er mit der gegenwärtigen chilenischen Regierung sympathisiere.

Insgesamt befänden wir uns in einer Periode sozialen und politischen Rückschritts, konstatierte Däubler gegen Ende seiner Ausführungen. Konzeptionelle Perspektiven gegen diesen Trend seien wohl vorhanden, doch sei ihre Umsetzung in die Tat schwierig. Er wolle einen Vorschlag zur Diskussion stellen, wie dies dennoch gelingen könne: Erstes und wichtigstes Ziel sei die Überwindung der Resignation. Der DGB stelle zusammen mit den Arbeitnehmern eine Macht dar, Gegenwehr sei auch in der Krise möglich. Mit den Kollegen im Aus-

land („von Los Angeles bis Moskau, von Stockholm bis Daressalam“) solle man sich als Teil einer Arbeiterbewegung verstehen, innerhalb deren gegensätzliche Verständigung möglich sein müsse. Dabei spiele es keine Rolle, ob es sich um Sozialdemokraten, Kommunisten oder ganz unpolitische Menschen handele. Man müsse sich auf die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung besinnen – „Es lebe der gemeinsame Kampf für eine bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung.“

Grußworte

In seinen Begrüßungsworten hatte DGB-Kreisvorsitzender Willi Siedentop eingangs eine Solidaritätsadresse der Frau des Hauptredners, Dr. Herta Däubler-Gmelin, verlesen. Besonders begrüßte er Landtagsabgeordneten Ulrich Lang (SPD), Landrat Dr. Roland Biser und als Vertreter der Stadt Gerhard Gschwend. Auch befreundete Gruppen nähmen an dieser Kundgebung teil, wie etwa Amnesty International. Schließlich gebe es auch radikale politische Gruppierungen, wie der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW), „denen wir es zwar nicht verwehren können, hier aufzutreten, von deren politischem Gedankengut wir uns aber schärfstens distanzieren.“

Maßnahmen für einen Streik würden derzeit vorbereitet, stellte im Anschluß der Geschäftsführer der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden, Günter Wild, fest. Warnstreiks der am Bau Beschäftigten in der jüngsten Zeit hätten bewiesen, daß es diesen Arbeitnehmern am Ende einer kontinuierlichen Verschärfung der Auseinandersetzung ernst sei.

Auf die besonderen Probleme der Arbeits- und Ausbildungssituation bei den Jugendlichen wies DGB-Jugendsprecherin Ingrid Rieger hin. Sie sprach von „Angst, Verunsicherung und Resignation“, die sich unter ihren Altersgenossen breit machten. Sie forderte ebenso zur Solidarität auf, wie abschließend der Sprecher der IG Druck und Papier, Hans Pröschel, der noch einmal den zurückliegenden Arbeitskämpfe in der Druckindustrie beleuchtete und dabei die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften, aber auch die mangelnde Solidarität der Nichtorganisierten, herausstellte. Die Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder sei stärker als „die Kumpanei der Millionäre“.

Die Schalmeienkapelle umrahmte die mit einem Regenschauer endende Kundgebung musikalisch.

Dürr: Zur Kooperation bereit

Die Verantwortung der Tarifpartner für das Gesamtwohl hat der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg, Heinz Dürr, in einem Aufruf zum 1. Mai unterstrichen. Trotz Streik und Aussperrung in den vergangenen Monaten gebe es weiterhin auch entscheidende Gemeinsamkeiten zwischen den Tarifpartnern, betonte Dürr. Heute und in der Zukunft gebe es Probleme wie etwa die Jugendarbeitslosigkeit oder die allgemeine Beschäftigungslage, die sinnvoll und besser nur in Kooperation, nicht aber in lautstarker Konfrontation gelöst werden könnten. Dabei müßten beide Tarifpartner in manchen Punkten sicher auch einige ihrer ehrgeizigen Pläne revidieren. Dürr: „Die Ellenbogen müssen auf allen

